

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 21. März 1986

Blatt 699

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Ehrensensoren der Technischen Universität
(grau)

Kommunal:

(rosa)

Radetzkybrücke wird instandgesetzt
Zilk: In Wien ab 1. Mai Nachtfahrverbot für Lkw
Schwerpunktaktion in Mariahilf
36. österreichischer Städtetag in Salzburg
Täglich Neues in städtischen Spitälern

Lokal:

(orange)

Sperre einer Stiege auf die Mülkerbastei

Wirtschaft:

(blau)

Fremdenverkehr: Keine weitere Benachteiligung des
Städtetourismus im Budget der OEFVW

Nur

über FS:

Arbeiten auf der Kreuzung Währinger Straße -
Nußdorfer Straße

.....
Bereits am 20. März 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehrensensoren der Technischen Universität

Utl.: Hohe Auszeichnung für Gratz, Herta Haider und Dr. Bandion
14 =Wien, 20.3. (RK-KOMMUNAL) Der akademische Titel Ehrensenator
wurde Donnerstag in einem Festakt in der Technischen Universität
Wien an drei Wiener Persönlichkeiten verliehen: an den
Bundesminister Leopold GRATZ, an Bezirksvorsteher Herta HAIDER und
an Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION. Diese sehr selten
verliehene Auszeichnung soll der Dank für die Unterstützung der
Technischen Universität und der Wissenschaften sein, betonte Rektor
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Walter KEMMERLING.+++

In seiner Laudatio für Leopold Gratz bezeichnete Univ.-Prof.
Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WÜRZER die Förderung der Wissenschaft durch
die Stadt Wien als beispielhaft. Sie setzte bereits 1947, mit der
Schaffung der Preise der Stadt Wien ein, fand mit der Hochschul-
Jubiläums-Stiftung 1965 ihre Fortsetzung, die in der Ära von
Bürgermeister Gratz mit einer Verdopplung der finanziellen Mittel
auf 100 Millionen besonders wirkungsvoll wurde. Mehr als 350
Forschungsarbeiten wurden bisher damit gefördert.

Bezirksvorsteher Herta Haider habe durch ihr Verständnis die
Expansionsbestrebungen der Technischen Universität sehr unterstützt,
erklärte Laudator Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Otto HITTMAIR.

In der Laudatio für Magistratsdirektor Bandion hob Univ.-Prof.
Dipl.-Ing. Dr. Fritz PASCHKE dessen Verdienste beim Aufbau der
Ludwig-Boltzmann-Gesellschaften hervor, die einen wesentlichen
Anteil daran haben, daß die Wiener Technik Weltgeltung erlangt hat.

Wie maßvoll die Technische Universität Wien mit ihren
Auszeichnungen umgeht, geht aus dem Umstand hervor, daß seit 1918
die Würde des Ehrensenators erst zwölf Mal verliehen wurde. Unter
den Ausgezeichneten befanden sich die Wiener Bürgermeister
Dr. Friedrich WEISSKIRCHNER (1919) und Theodor KÖRNER (1945). Die
letzte Verleihung fand vor 22 Jahren an Bürgermeister Franz JONAS
statt, der ein Jahr später zum Bundespräsidenten gewählt wurde.

(Schluß) smo/rr

Radetzkybrücke wird instandgesetzt

Utl.: Ab Montag Änderungen der Verkehrsführung

2 =Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) In die Radetzkybrücke, die hinter der Urania über den Wienfluß führt, werden ab Montag neue, wasserdichte Dehnfugenkonstruktionen eingebaut. Die Arbeiten erfolgen in drei Bauphasen und erfordern jeweils Änderungen in der Verkehrsführung. Die Straßenbahnlinie "N" ist davon jedoch nicht betroffen. Während der achtwöchigen Bauzeit stehen immer ein Fahrstreifen von der Vorderen Zollamtsstraße links über die Radetzkybrücke zur Urania und zur Aspernbrücke sowie zwei Fahrstreifen von der Urania in Richtung Weißgerberländer zur Verfügung. In der Richtung von der Urania rechts in die Vordere Zollamtsstraße gibt es allerdings nur einen - statt zwei - Fahrstreifen.++++

In der ersten, etwa dreiwöchigen Bauphase, befindet sich die Baustelle an der Seite zum Donaukanal. Der Verkehr von der Urania zur Vorderen Zollamtsstraße wird von der Radetzkybrücke rechts über die Straßenbahngleise geführt. Hier wird eine Verkehrslichtsignalanlage montiert, die für den Individualverkehr nur dann "Rot" zeigt, wenn eine Straßenbahn kommt.

In der zweiten Bauphase, die etwa zwei Wochen dauert, rückt die Baustelle in die Mitte der Brücke. Vorsicht: Von den beiden Fahrstreifen in Richtung von der Urania zur Weißgerberländer führt dann einer links und einer rechts an der Baustelle vorbei.

In der dritten, wiederum dreiwöchigen Bauphase rückt die Baustelle zum Straßenbahnbereich. Für den Individualverkehr steht dann die andere Brückenhälfte zur Verfügung.

An der Radetzkybrücke finden schon seit einem halben Jahr Erneuerungsarbeiten statt. Allerdings wird - von der Straße aus nicht sichtbar - unter der Brücke gearbeitet. Die gesamte Stahlkonstruktion wird strahlentrostet und dann grün gestrichen. Auch die Steinteile werden gereinigt, instandgesetzt und imprägniert.

Schließlich werden auch die Brückengeländer entrostet, fehlende Teile ersetzt und die Geländer grün gestrichen. Die Steinmetz- und die Schlosserarbeiten werden in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt durchgeführt. (Schluß) sc/rf

Zilk: In Wien ab 1. Mai Nachtfahrverbot für Lkw

Utl.: "Wichtiger Beitrag zur Hebung der Lebensqualität"

3 Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK kündigte heute, Freitag, die baldige Einführung eines Nachtfahrverbots für Lastkraftwagen in der Bundeshauptstadt an. Zilk erklärte, er habe angesichts der bevorstehenden warmen Jahreszeit den zuständigen Stadtrat Roman RAUTNER ersucht, entsprechende Vorbereitungen dafür zu treffen. Durch das Lkw-Nachtfahrverbot soll vorerst während der Sommermonate die Lärmbelästigung der Bevölkerung deutlich vermindert werden. "Es geht mir vor allem darum, unnötigen Lkw-Durchzugsverkehr zu unterbinden, der die Menschen speziell entlang von Hauptstraßen empfindlich in ihrer Nachtruhe stört. Ich sehe in dieser Maßnahme einen wichtigen Beitrag zur Hebung der Lebensqualität", hob Zilk hervor.

Mit der Fixierung des Lkw-Nachtfahrverbots ist nach Ostern zu rechnen. Endgültige Details werden derzeit in Verhandlungen erklärt. Nach den Vorstellungen des Bürgermeisters soll das Nachtfahrverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen zwischen 23.00 Uhr und 5.00 Uhr gelten. "Selbstverständlich wird es Ausnahmen etwa für die Zustellung verderblicher Güter oder für Fahrten im öffentlichen Interesse geben müssen", betonte Zilk. Die Verordnung soll vorerst auf den Zeitraum von 1. Mai bis 1. November 1986 beschränkt werden. Anhand der bei diesem Versuch gewonnenen Erfahrungen wird dann die weitere Vorgangsweise festgelegt. (Schluß) chr/bs

NNNN

Fremdenverkehr: Keine weitere Benachteiligung des Städtetourismus
im Budget der OEFVW (1)

4 Wien, 21.3. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Zu Tiroler Forderungen an die OEFVW, die Werbemittel in Zukunft vor allem für den Alpintourismus zu verwenden, stellte Wiens Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS fest, es sei zutiefst bedauerlich, als Reaktion auf schlechte Nächtigungsergebnisse im eigenen Bundesland ein System in Frage zu stellen, das immerhin mitbeteiligt war, Österreich zur touristischen Großmacht Europas werden zu lassen. Eine von allen Bundesländern vorbehaltlos akzeptierte Studie über den deutschen Markt habe gezeigt, daß die Hauptursache der Nächtigungsrückgänge von dort in der Tatsache zu finden ist, daß gerade das alpine Angebot nicht mehr zielgruppenkonform ist. Unter deutlichem Appell an die Neidgenossenschaft zu fordern, Mozart und die Lipizzaner vor den Großglockner zu stellen - vielleicht als Kulisse für jene Heimatabende, für die jüngere Gästeschichten Österreichs heute immer weniger Verständnis aufbringen - daran wird der Alpintourismus sicher nicht genesen.

Tourismusprofis in den Bundesländern haben längst erkannt, daß dort genau das fehlt, was Wien zu seinen Erfolgen verholfen hat: das UrlaubsERLEBNIS. Auch seien die Prämissen der Tiroler Überlegungen fragwürdig: Nächtigungsziffern allein besagen wenig über den wirtschaftlichen Stellenwert des Tourismus: Gemessen an den Gästerausgaben liege Wien z.B. an vierter Stelle der österreichischen Bundesländer, und nicht weniger als 27,6 Prozent aller Ankünfte in gewerblichen Betrieben Österreichs erfolgten allein in den Landeshauptstädten und in Wien seien also ebensowenig dem "Alpintourismus" zuzurechnen wie jene in zahlreichen Regionen Ostösterreichs.

Schließlich könne die touristische Entwicklung nur längerfristig gesehen werden, stellte Dr. Krebs fest, und hier möge man endlich zur Kenntnis nehmen, daß die Städte am Aufschwung des Erholungstourismus der letzten zweieinhalb Jahrzehnte aber auch nicht annähernd teilhaben konnten. So hatte gerade Tirol in diesem Zeitraum einen Nächtigungszuwachs von 245 Prozent zu verzeichnen, seine Landeshauptstadt Innsbruck hingegen nur 46,5 Prozent, und dies sei signifikant für ganz Österreich (Salzburg-Land 220 Prozent, Salzburg-Stadt 37 Prozent, Steiermark 120 Prozent, Graz 25 Prozent, beliebig fortsetzbar). (Forts.) wfv/rr

Fremdenverkehr: Keine weitere Benachteiligung des Städtetourismus
im Budget der OEFVW (2)

5 Wien, 21.3. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Daß der überwiegende Teil
der Werbegelder der OEFVW dem Erholungstourismus zugerechnet werden
kann, sei ebenso unbestritten, wie die Tatsache, daß der Löwenanteil
davon automatisch dem Marktleader, nämlich Tirol, zugute komme.
Darüber hinaus gehende Extremforderungen seien nur dazu geeignet,
den Bestand der OEFVW zu gefährden, schloß Krebs. (Schluß) wfv/rr

NNNN

Schwerpunktaktion in Mariahilf

Utl.: Mobiler Bürgerdienst spürte 90 Mißstände auf

6 =Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) An die 90 Mißstände spürten die Einsatztrupps des Mobilen Bürgerdienstes bei einer Schwerpunktaktion in Mariahilf auf, die auf Wunsch der Bezirksvorstehung gestartet wurde. Das waren vor allem "vergessene" Baustoffreste und Autowracks auf den Straßen.++++

An positiven Aspekten konnte festgestellt werden, daß sich die beim U-Bahn-Bau beschäftigten Firmen an die behördlichen Auflagen halten: Die Absperrungen und Beleuchtungen der Baustellen sind in Ordnung, es wird nicht mehr Platz beansprucht als zugestanden wurde.

Wie leichtfertig mit dem ohnedies knappen Autostellflächen umgegangen wird, beweisen 43 illegal abgestellte Fahrzeuge - Wracks, Autos ohne Kennzeichen sowie Anhänger ohne Zugfahrzeug. Mittels Aufkleber wurde den Besitzern eine Frist bis 31. März gegeben, ihr Fahrzeug selbst zu entfernen. Die Wracks und kennzeichenlosen Autos werden sonst von "amtswegen" abgeschleppt. Das kann dem Besitzer einige tausend Schilling kosten.

Zur Erinnerung: Jeder kann sein fahruntüchtiges Fahrzeug kostenlos los werden. Die MA 48 holt es ab, wenn man eine Verzichtserklärung abgibt. Die entsprechenden Formulare gibt es in den Wachzimmern, in den Bürgerdienst-Stellen und in der Stadtinformation im Rathaus.

Eine Gefahrenquelle wurde schließlich bei einem Kinderspielplatz auf den einstigen Denzelgründen entschärft: Ein dort noch stehengebliebenes Transformatorenhaus ist derart auffällig, daß die Sicherheit für spielende Kinder nicht gegeben ist. Mit den E-Werken wurde Kontakt aufgenommen, daß die Trafostation so rasch wie möglich abgetragen wird. Um bis dahin Unfälle zu vermeiden, wurde vorübergehend die Grundfläche abgesperrt. (Schluß) smo/rr

NNNN

36. österreichischer Städtetag in Salzburg (1)

Utl.: Bericht des Generalsekretärs

7 Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Freitag wurde der

36. österreichische Städtetag in Salzburg mit einem Bericht von Generalsekretär Reinhold SUTTNER fortgesetzt.

Suttner bezeichnete die Lösung der Frage der "Grünen Zonen" als wesentlichstes Ergebnis des vergangenen Jahres. Mit der jüngsten Novelle zur Straßenverkehrsordnung wurde den Gemeinden das Recht eingeräumt, durch Verordnung besondere Parkzonen für Anrainer festzulegen. Kurz vor der Erledigung steht die Frage der Zulässigkeit der Lenkererhebung. Der österreichische Städtebund hat erst kürzlich einen Gesetzesentwurf zur Stellungnahme erhalten, in dem die Länder ermächtigt werden, die Auskunftspflicht analog dem Kraftfahrgesetz zu normieren.

Da in den Städten und Gemeinden Entscheidungen schnell und im Rahmen der Gesamtpolitik getroffen werden müssen, haben die Kommunalpolitiker das Recht, zu fordern, sagte Suttner, daß die Politik des Bundes und der Länder auf die Bedürfnisse der Kommunen Rücksicht nimmt. So hätte beispielsweise eine Abschaffung der Lohnsummensteuer verheerende Folgen für die meisten Gemeinden. Dem Städtebund ist es gelungen, zum jetzigen Stand diese Gefahr abzuwenden, man dürfe sie aber nicht aus den Augen verlieren, sagte Suttner. Zur Forderung nach einer Senkung der Lohn- und Einkommensteuer stellte Suttner fest, daß mit jedem Schilling, der nachgelassen wird, die Gemeinden bei der Lohnsteuer etwa 18 Groschen und bei der Einkommensteuer etwa 27 Groschen verlieren. (Forts.)

roh/bs

NNNN

36. Österreichischer Städtetag in Salzburg (2)

Utl.: Bericht des Generalsekretärs

8 Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Der Städtebund hat gemeinsam mit Bundeskanzleramt und einigen Bundesländern bereits vor zwei Jahren dem Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum einen Forschungsauftrag erteilt, der die Auswirkungen einer möglichen Arbeitszeitverkürzung auf die öffentlichen Haushalte untersuchen sollte, berichtete Generalsekretär Suttner. Diese sehr umfangreiche Arbeit liege nunmehr vor. Ohne auf Details einzugehen, könne man bereits zwei Extreme feststellen: Bei der Obergrenze, wo davon ausgegangen wurde, daß der gegebene Leistungsumfang voll aufrecht bleibt, würden für die Städte und Gemeinden ungefähr 22.000 neue Arbeitsplätze erforderlich werden. Falls man alle Möglichkeiten nützen würde, um das Leistungsniveau zu senken und Personalvermehrung und Mehrkosten zu vermeiden, würden sich für die Städte und Gemeinden ungefähr 3.000 neue Arbeitsplätze ergeben. Dazwischen sind alle denkbaren Varianten möglich. Eine mögliche Arbeitszeitverkürzung müßte man aber auch im Hinblick auf die vermehrte Freizeit sehen. Deshalb wäre vor allem darauf Bedacht zu nehmen, daß durch Erhöhung der Lebensqualität in der Stadt eine vermehrte Stadtflicht verhindert würde. Da man aus einer Stadt aber keinen Naturpark machen könne, und sie sowohl freizeit- wie auch wirtschaftsorientiert sein muß, um ein florierendes Leben zu ermöglichen, müßte man diese beiden Alternativen möglichst günstig vereinen und einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen finden. Das wird eine der wesentlichsten Aufgaben des Städtebundes für die nächsten Jahre sein.

Im Anschluß an seinen Bericht stellte Suttner den Antrag, Bürgermeister a.D. Hans SCHICKELGRUBER (St. Pölten), der durch viele Jahre als Mitglied der Geschäftsleitung des Städtebundes und zuletzt als Stellvertretender Präsident tätig war, in Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste zum Ehrenmitglied des österreichischen Städtebundes zu ernennen. (Forts.) ruh/bs

Sperre einer Stiege auf die Mülkerbastei

9 -Wien, 21.3. (RK-LOKAL) Freitag vormittag mußte die Stiegenanlage, die hinter dem Liebenberg-Denkmal auf die Mülkerbastei führt, gesperrt werden. Durch den starken Frost im vergangenen Winter sind einige Stufen aufgefroren. Sie könnten, wenn sie betreten werden, abrutschen. Die Reparaturarbeiten beginnen am Montag und werden etwa 2 Wochen dauern.+++

(Schluß) sc/pr

NNNN

Täglich Neues in den städtischen Spitälern (1)

Utl.: Jede dritte medizinische Spitzenleistung Österreichs in Wien
10 -Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) So gut wie täglich wird in den Wiener städtischen Spitälern - sie verfügen über 9.275 Akutbetten - eine neue diagnostische oder therapeutische Methode erstmals eingesetzt. Die Folge: Jede dritte medizinische Spitzenleistung wird in Wien erbracht, jedes vierte Krankenbett steht in Wien und jeder fünfte österreichische Spitalspatient wird in einem Wiener Krankenhaus aufgenommen. Gleichzeitig sinkt die Verweildauer in den städtischen Spitälern ständig. Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER berichtete darüber Freitag in einem Pressegespräch. Daß es gelegentlich zu Betten-Engpässen in den Spitälern kommt, führt Stacher darauf zurück, daß Bedarfsspitzen von den Krankenhäusern nicht beeinflussbar sind, während in Zeiten durchschnittlichen Bedarfs mit dem Bestand das Auslangen gefunden werden kann.++++

Zur Forderung nach einer Reduzierung des "Bettenberges", die von Ministerialrat PEER vom Gesundheitsministerium erhoben worden war, erklärte Stacher, in Wien seien in den letzten zwölf Jahren insgesamt 2.200 Betten abgebaut worden. Er denke nicht an eine weitere Bettenreduktion mit Ausnahme einer Umwandlung von Akutbetten in Pflegeheimbetten und einer Verringerung der Bettenzahl im Psychiatrischen Krankenhaus. Ein dringender Bedarf bestehe vor allem nach internen Betten.

Zwtl.: Kampf gegen Krebs und Herzinfarkt, Hilfe gegen Nierensteine

Zwei Geißeln der Menschheit, dem Krebs und dem Herzinfarkt, treten die Mediziner in den Spitälern mit ständig neuen und verbesserten Waffen entgegen. Tumormarker und Untersuchungen mit dem Computertomographen lassen bösartige Veränderungen heute bereits deutlich früher sichtbar werden, und auch neue Erkenntnisse bei der medikamentösen Behandlung haben die Heilungschancen verbessert. Gefäßverschlüsse, die zum Herzinfarkt führen, werden teilweise mit computerunterstützter Angiographie sichtbar gemacht und können mit neuentwickelten Medikamenten aufgelöst werden - wenn der Patient rechtzeitig in die Intensivstation gebracht wird. Im Allgemeinen Krankenhaus wurde mit Herztransplantationen begonnen, und an der Hals-Nasen-Ohren-Universitätsklinik wird mit Laser operiert. Laser wird von den Anästhesisten auch zur Schmerzbehandlung verwendet.
(Forts.) and/rr

Täglich Neues in den städtischen Spitälern (2)

11 Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Im Lainzer Krankenhaus werden neuerdings automatisch arbeitende Insulindosiergeräte eingesetzt. In diesem Spital wurde bekanntlich auch der Nierensteinzertrümmerer installiert. Auch gibt es eine neue Generation von Herzschritt-
machern, die noch genauer auf die speziellen Bedürfnisse und Anforderungen des einzelnen Organes eingestellt werden können. Sie reagieren auf Abweichungen von vorgegebenen Werten automatisch und regulieren Herzschlag und Herzrhythmus.

Zwtl.: Verweildauer weiter gesenkt

Im Durchschnitt brauchen die Patienten heute weniger lang im Krankenhaus zu bleiben als noch vor einem Jahrzehnt: heute beträgt die Verweildauer der Patienten durchschnittlich nur mehr 11,6 Tage. Im Jahre 1975 blieben die Patienten noch knapp 15 Tage in Spitalsbehandlung. Möglich wurde diese Verkürzung der Verweildauer nicht nur durch die Anwendung neuester medizinischer Erkenntnisse, sondern auch durch ein entsprechendes Angebot an sozialen Diensten.

Zwtl.: Mobile Schwestern - verkürzter Spitalsaufenthalt

Dank des Einsatzes der "Mobilen Schwestern" - im vergangenen Jahr betreuten die 81 Schwestern insgesamt fast 4.300 Personen - konnte bei vielen Patienten eine stationäre Aufnahme in ein Spital vermieden werden bzw. war es möglich, die Spitalsaufenthalte zu verkürzen. Die intensive Zusammenarbeit mit den Wiener Krankenanstalten hat auch dazu geführt, daß viele Spitalspatienten, die eine Nachbetreuung benötigen, noch während ihres Spitalsaufenthaltes dazu angemeldet werden.

Zwtl.: Betreuung außerhalb der Krankenhäuser

Die kostenintensiven Einrichtungen der Spitäler (darunter auch die Ambulanzen) sollten nur dann in Anspruch genommen werden, wenn eine adäquate Behandlung in anderer Weise nicht möglich ist. Maßnahmen in diesem Zusammenhang waren eine Regionalisierung der primären ärztlichen Versorgung außerhalb des Krankenhauses. Dabei bieten sich Praxisgemeinschaften an, innerhalb derer die Ärzte einander bei Bedarf vertreten können - der "neue Hausarzt" wird also aus der Praxisgemeinschaft kommen. (Forts.) and/rr

Täglich Neues in den städtischen Spitälern (3)

12 Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Wenn, wie kritisiert worden ist, manchmal noch immer zu schnell in Krankenhäuser eingewiesen werde, könne dies nicht von den Spitälern beeinflusst, sondern müsse mit Ärztekammer und Sozialversicherung beraten werden. Ergebnis sollte eine Verbesserung der (ambulanten) Außenversorgung der Patienten sein. Die Zukunft werde, sagte Stacher, den Gemeinschafts- und Gruppenpraxen gehören, bei denen Ärzte gleicher beziehungsweise verschiedener Fachrichtungen zusammenarbeiten.

Zwtl.: Spitäler sparen durch Technische Servicezentren

Bei notwendigen und sinnvollen Gesundheitseinrichtungen darf in den Spitälern nicht gespart werden, doch sollen organisatorische Möglichkeiten zur Kostenreduktion genützt werden. Dazu gehören die vor einigen Jahren erstmals in Österreich eingerichteten Technischen Servicezentren in städtischen Spitälern. Gegenwärtig gibt es solche bereits in der Krankenanstalt Rudolfstiftung, im Wilhelminenspital und im Franz-Josef-Spital. Im Laufe dieses Jahres wird auch das Lainzer Krankenhaus ein derartiges Zentrum bekommen. Vier Fünftel der Wartungs- und Reparaturarbeiten können von den Mitarbeitern der Servicezentren selbst erledigt werden.

Zwtl.: Städtische Krankenhäuser: 22.000 Mitarbeiter

Zu Jahresbeginn 1986 betrug der systemisierte Personalstand der Wiener Städtischen Spitäler insgesamt 22.119 Mitarbeiter. Darunter sind 10.371 Mitarbeiter des Pflegedienstes sowie insgesamt 2.198 Ärzte und Apotheker sowie 1.980 Mitarbeiter der medizinisch-technischen Dienste. Die Zahl der Dienstposten stieg zwischen 1973 (16.547) und 1985 um fast 5.600, wobei die Aufstockung im Pflegedienst allein fast 40 Prozent erreichte. Das gleiche gilt für das ärztliche Personal. Eine weitere Vermehrung des Personalstandes im Pflegedienst soll laut Stacher u.a. auch zu einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit führen. Den entsprechenden Bedarf bezifferte Stacher mit 1.000 Schwestern und Pflegern. (Forts.)
and/rr

Täglich Neues in den städtischen Spitälern (4)

Utl.: Einsatz der Datenverarbeitung

13 Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Informationen über den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung werden im vierten Jahr der Krankenpflegeausbildung im Rahmen der Berufskunde vorgetragen. Der Einsatz der Datenverarbeitung und die Eingabe über Bildschirmterminals statt der Eintragung in Listen wird im Dienste einer rascheren Verfügbarkeit des Datenmaterials in den nächsten Jahren verstärkt werden. Im neuen Allgemeinen Krankenhaus werden Bildschirmterminals bereits gang und gäbe sein. Seit einigen Jahren erhalten die Mitarbeiter der Spitäler auch eine Ausbildung über die Grundzüge des vorbeugenden Brandschutzes, und es gibt Schulungen für das Verhalten bei Katastrophen. (Schluß) and/rr

NNNN